

A decorative background consisting of a grid of grey dots of varying sizes, with several dots highlighted in red, scattered across the page.

## Der Ahok-Fall

### Unheilvolle Allianzen als Weckruf für Indonesiens Demokratie

**SERGIO GRASSI UND NURMAN NOWAK**

Juli 2017

- Bei den Gouverneurswahlen in Jakarta im Frühjahr 2017 wurden religiöse Gefühle als politisches Kapital instrumentalisiert. Auf einer Welle islamistischer Agitation konnte Anies Baswedan damit gegen den christlichen und chinesisch-stämmigen Basuki Tjahaja Purnama (genannt Ahok) erfolgreich das Amt des Gouverneurs erobern. Mit der Politisierung der Religion erreichte die gesellschaftliche Spaltung Ende 2016 jedoch eine Dimension, welche die politische Stabilität im ganzen Land gefährdete.
- Dieser Wahlsieg stellt gleichzeitig einen Etappensieg einer politischen Allianz aus reaktionären Eliten, islamistischen Hardliner\_innen sowie islamisierten sozialen Bewegungen dar, die im Jahr 2019 die Präsidentschaftswahlen in Indonesien gewinnen und Ex-General Prabowo Subianto als Präsidenten ins Amt heben wollen. Ihre Agenda zielt auf die Rücknahme der Demokratisierungsfortschritte seit dem Sturz Suhartos und eine Aufwertung konservativ-islamischer Elemente im indonesischen *nation building*. Dadurch werden das indonesische Gesellschaftsprinzip »Einheit in Vielfalt« sowie die Rechte von Minderheiten zunehmend infrage gestellt.
- Um dieser Bedrohung zu begegnen, bedarf es einer koordinierten Politik der indonesischen Regierung und pro-demokratischer Gruppen, die sowohl demokratische Werte und Toleranz fördert als auch soziale Ungleichheit durch eine progressive Bildungs-, Sozial-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik reduziert. Zwar hat Präsident Joko Widodo (genannt Jokowi) die Bekämpfung sozialer Ungleichheit zur Priorität seiner Präsidentschaft erklärt, die Bilanz fällt im dritten Jahr seiner Amtszeit aber gemischt aus. Gleichzeitig haben Jokowi's Bemühungen um mehr sozialen Ausgleich ebenso wie Ahok's Kampf gegen Korruption zur Bildung neuer unheilvoller Allianzen beigetragen, die ihre Privilegien zu schützen versuchen.



## Inhalt

<b>1. Hintergrund</b> .....	<b>2</b>
<b>2. Islam in Indonesien</b> .....	<b>3</b>
<b>3. Vormarsch des konservativen Islam</b> .....	<b>4</b>
3.1 Zuwachs extremer islamistischer Gruppen .....	4
3.2 Unterwanderung sozio-religiöser und politischer Institutionen durch islamisch-konservative Gruppen .....	5
3.3 Kooptation sozialer Bewegungen .....	6
3.4 Instrumentalisierung sozialer Ungleichheit .....	6
<b>4. Religion und politische Allianzen im Machtkampf der Eliten</b> .....	<b>6</b>
<b>5. Konsequenzen</b> .....	<b>8</b>
<b>6. Resümee und Politikempfehlungen</b> .....	<b>8</b>
<b>Literatur</b> .....	<b>12</b>

## 1. Hintergrund

Um den amtierenden und populären christlich-chinesischen Gouverneur Basuki Tjahaja Purnama, genannt Ahok, im Wahlkampf um das Gouverneursamt von Jakarta zu besiegen, gingen politische Eliten der Opposition ein Bündnis mit konservativen muslimischen Hardliner\_innen ein und heizten den Wahlkampf mit religiösen Gefühlen an.

Im Oktober 2016 tauchte ein manipuliertes Video im Internet auf, in dem Ahok angeblich den Islam beleidigte. Demnach soll er seine muslimischen Zuhörer\_innen ermahnt haben, sich nicht von Koran-Sure Al-Maida 51 in die Irre führen zu lassen, die Muslim\_innen angeblich verbietet, Nicht-Muslim\_innen zu ihren politischen Führer\_innen zu wählen. Tatsächlich warnte er davor, dass seine politischen Gegner\_innen diese Sure politisch instrumentalisieren, um seine Wahl zu verhindern. Das manipulierte Video hatte seinen Zweck dennoch erfüllt.

Der Rat der Islamgelehrten Indonesiens (MUI) sprach eine *fatwa* (islamisches Rechtsgutachten) aus, die seine Worte als blasphemisch (Straftatbestand in Indonesien) brandmarkten. Extremistische islamische Organisationen wie die »Front zur Verteidigung des Islam« (FPI) riefen zu einer Reihe von Protestaktionen zur »Verteidigung des Islam« auf und forderten Ahoks Inhaftierung. Bei einem ersten Massenprotest am 4. November 2016 demonstrierten bis zu 300.000 Menschen auf Jakartas Straßen. An einer weiteren Demonstration am 2. Dezember 2016, ein Massengebet mit anschließender Kundgebung, beteiligten sich ca. 500.000 Menschen – die größte Demonstration in der Geschichte Indonesiens. Bereits im November hatte die Polizei unter dem Druck der Straße Ermittlungen aufgenommen und den Fall der Staatsanwaltschaft übergeben.

Die gesellschaftliche Spaltung durch die Politisierung der Religion hatte im November/Dezember 2016 eine Dimension erreicht, welche die politische Stabilität im ganzen Land gefährdete. Die Loyalität von Teilen des Militärs wurde öffentlich infrage gestellt. Hass-Kommentare auf der Straße und in sozialen Netzwerken waren nur noch schwer zu kontrollieren. Die Regierung unter Präsident Joko Widodo (genannt Jokowi) musste handeln, um den gesellschaftlichen Frieden zu bewahren. Jokowi sagte eine Auslandsreise ab, um sich mit Partei-Vorsitzenden, Generälen sowie den Führern der gemäßigten muslimi-

schen Massenorganisationen zu treffen und die explosive Lage zu beruhigen. Auf der Demonstration vom 2. Dezember war er mit Teilen seines Kabinetts vertreten, um sie in ein Symbol der nationalen Einheit umzudeuten. Diese Manöver auf dem Höhepunkt der Anti-Ahok-Aktionen konnten die Gemüter fürs Erste beruhigen.

Der aus den Gouverneurswahlen im April 2017 siegreich hervorgegangene Anies Baswedan, der u. a. mit der islamistischen PKS-Partei paktiert, kooptierte die Agenda konservativ-islamischer Gruppen und profilierte sich gleichzeitig als Verteidiger der *urban poor*, deren Interessen während der Regierungszeit Ahoks vernachlässigt wurden. In Wahlkampfveranstaltungen besuchte er Moscheen, islamische Schulen, Koranrezitationswettbewerbe sowie die Extremist\_innen der FPI. Trotz des Verbots gegen die Nutzung von Moscheen für politische Zwecke, drohten manche Imame, sie würden muslimischen Ahok-Wähler\_innen und ihren Familien die Teilnahme an wichtigen muslimischen Ritualen verweigern.

Am 31. März 2017 veranstalteten konservative islamische Organisationen erneut eine Demonstration zur »Verteidigung des Islam« in Jakarta. Diesmal hatten jedoch sowohl die großen moderaten islamischen Massenorganisationen als auch die MUI explizit von einer Beteiligung abgeraten. Mit knapp 20.000 kamen denn auch erheblich weniger Menschen als noch vier Monate zuvor. Nichtsdestotrotz schadete diese anhaltende Agitation dem Ahok-Lager, da die »Verteidigung des Islam« als Mobilisierungsfaktor im öffentlichen Diskurs präsent blieb. Letztendlich wurde Anies Baswedan auf einer Welle konservativ-islamistischer Mobilisierung und einer daraus resultierenden Identitätsbewegung mit 58 Prozent der Stimmen ins Amt gehoben.

Auch die Vertreter\_innen der Justiz blieben davon nicht unbeeinflusst. Am 9. Mai 2017 wurde Ahok für viele Beobachter\_innen überraschend zu zwei Jahren Haft wegen Blasphemie verurteilt und sofort interniert. Der bis zum Herbst 2016 aufgrund seiner Durchsetzungsfähigkeit und seiner Modernisierungsfortschritte populäre Gouverneur von Jakarta erlebte einen tiefen Fall. Der Vorwurf der Gotteslästerung sei erwiesen, stellten die fünf Richter fest; darunter vier Muslime und ein Hindu. Bei der Bemessung des Strafmaßes ging das Gericht allerdings weit über die Forderung der Staatsanwaltschaft hinaus. Diese hatte lediglich eine Bewährungsstrafe von zwei Jahren gefordert und dies nicht wegen des Tatbe-

standes der Blasphemie, sondern aufgrund der Beleidigung einer religiösen Gemeinschaft. Der vorsitzende Richter begründete dies damit, dass Ahok sich nicht schuldig gefühlt und mit seiner Tat Angst geschürt und Muslime verletzt habe.

Die Wirkungskraft religiöser Gefühle als politische Ressource ist jedoch nicht nur auf die Religion an sich zurückzuführen, sondern fußt auch auf sozialen und politischen Dynamiken, die auf Fehlentwicklungen im Demokratisierungsprozess und indirekt auf Versäumnisse in der Sozialpolitik zurückzuführen sind. So werden in Indonesiens politischer Arena nicht primär die Interessen von gesellschaftlichen Gruppen vertreten, sondern Eliten-Interessen, deren Akteure in Patron-Klient-Netzwerken organisiert sind und seit der Etablierung demokratischer Strukturen im elektoralen Wettbewerb zueinander stehen. Die andauernde Eroberung der kulturellen Hegemonie durch den fundamentalistisch-konservativen Islam eröffnet diesen Eliten die Möglichkeit, religiöse Gefühle als politische Ressource in ihrem Wettbewerb um die Stimmen der Wähler\_innen zu nutzen. Die Gouverneurswahlen in Jakarta sind hierfür beispielhaft.

So gibt es Hinweise darauf, dass Ex-Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) die öffentliche Erregung im Hintergrund bewusst gefördert hat, um seinen für das Gouverneursamt kandidierenden Sohn im ersten Wahlgang zu unterstützen. Spätestens im Vorfeld des zweiten Wahlgangs wurde darüber hinaus deutlich, dass sich neben Suhartos Ex-Schwiegersohn Prabowo Subianto auch der Cendana-Clan – die Familie von Ex-Diktator Suharto – aufseiten des Anti-Ahok-/Anti-Jokowi-Lagers im Hintergrund als Königsmacher positioniert hat. Prabowos militaristische GERINDRA-Partei stand von Beginn an prominent hinter Anies Baswedan und seiner (un-)heiligen und unheilvollen Allianz. Bereits während des Jakarta-Wahlkampfes verkündete Prabowo, dass er 2019 erneut als Präsidentschaftskandidat antreten werde und seine Unterstützer\_innen auf dem Weg dorthin seinen Schützling Anies wählen sollten.

Obwohl der Ex-General als Repräsentant der alten, korrupten Eliten gilt, findet er eine breite Akzeptanz unter konservativen Wähler\_innen. Prabowo werden zwar schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, als ehemaliger General gilt er aber in Teilen der Gesellschaft als besonders durchsetzungsfähig. Die Präsidentschaftswahlen Ende 2014 verlor er nur knapp mit

47 zu 53 Prozent gegen Jokowi – und das obwohl 70 Prozent der Indonesier\_innen die Demokratie als das beste System für ihr Land bewerten.<sup>1</sup> Vor zweieinhalb Jahren konnte die Wahl Prabowos, der angekündigt hatte, Indonesiens Demokratisierungsprozess zu stoppen, gerade noch abgewendet werden. Die jüngsten Gouverneurswahlen in Jakarta könnten sich jedoch zum Menetekel für die Präsidentschaftswahlen 2019 herausstellen, in der die Allianz aus alten reaktionären Eliten, islamischen Hardliner\_innen und islamisierten sozialen Bewegungen droht, mit Prabowo an der Spitze die politische Macht in Indonesien zu erobern. Die neu entstandenen Allianzen im Zuge der Gouverneurswahlen in Jakarta sind somit als wichtiger Etappensieg des Prabowo-Lagers zu werten.

Im Folgenden sollen die gesellschaftlichen Dynamiken, die diese Umstände hervorgebracht haben, näher erläutert werden, um auf dieser Grundlage politische Gegenmaßnahmen der Regierung Jokowi zu diskutieren.

## 2. Islam in Indonesien

Islamisch geprägte soziale und politische Bewegungen bilden das Fundament weiter Teile der indonesischen Zivilgesellschaft. Zwei Strömungen – der traditionalistische und der modernistische Islam – bilden bisher die dominanten ideologischen Ausrichtungen. Der traditionalistische Islam ist in der *Nahdlatul Ulama* (NU) institutionalisiert, die 40 Millionen Mitglieder umfasst und den »Islam Nusantara« predigt, der sich explizit auf Indonesien bezieht sowie die synkretistischen Elemente der religiösen Praxis als Akkulturation zum pluralistischen indonesischen Kulturraum auffasst und diese explizit erlaubt bzw. fördert. Der »Islam Nusantara« gilt international als ausgesprochen tolerant.

Der modernistische Islam wird durch die Vereinigung *Muhammadiyah* vertreten, die ca. 30 Millionen Mitglieder umfasst. Der modernistische Islam versucht auf der einen Seite, islamische Traditionen und Lehre mit Ideen der Moderne zu verbinden, und auf der anderen Seite, den indonesischen Islam von synkretistischen Elementen zu reinigen. Bildung spielt für die Anhänger\_innen der *Muhammadiyah* deshalb eine wichtige und entscheidende

1. Vgl. Jones, Sydney (2017): »Indonesia's Illiberal Turn – After the Ahok Case«, in: *Foreign Affairs*, 26.5.17.

de Rolle. Die Organisation unterhält tausende Moscheen, eine Vielzahl an Universitäten, Bildungseinrichtungen und Wohlfahrtsorganisationen. Sie ist vor allem in der urbanen Mittelschicht präsent.

Sowohl die NU als auch die *Muhammadiya* positionieren sich als Verfechter der indonesischen Staatsideologie *Pancasila*<sup>2</sup>, die zwar keinen säkularen Staat nach westlichem Vorbild postuliert, jedoch bislang ebenso eine islamische Theokratie oder einen Gottesstaat in Indonesien unmöglich macht. Allgemein steht die *Pancasila* als höchste nationale Tugend und Staatsideologie für »Einheit in Vielfalt« – basierend auf einem gesellschaftlichen Konsens sowie auf der Grundlage universeller Normen und Werte, die kulturelle, religiöse und ethnische Unterschiede überbrücken soll.

### 3. Vormarsch des konservativen Islam

Neben diesen dominanten Strömungen bestehen in Indonesien seit jeher auch islamische Vereinigungen, die eine »Islamisierung der *Pancasila*« fordern und sich an fundamentalistischen ideologischen Strömungen im Nahen Osten orientieren.

Spätestens seit Mitte der 1980er-Jahre setzte in Indonesien eine schleichende Islamisierung des öffentlichen Raums und der *identity politics* ein. Unter der wachsenden urbanen Mittelschicht galt und gilt Frömmigkeit als wichtige Tugend. Als Reaktion darauf begann auch das Suharto-Regime islamische Symbole als Legitimierungsinstrument zu benutzen. Beispielsweise geht die Gründung des MUI, der als einzige Institution in Indonesien fatwas aussprechen darf, auf eine Initiative des Suharto-Regimes zurück.

In der gesellschaftlichen Bewegung, die das Suharto-Regime 1999 hinwegfegte, spielten islamische Gruppen eine wichtige Rolle, besonders jene, die der NU und der *Muhammadiya* nahestanden. Mit der Liberalisierung von Gesellschaft und Politik traten allerdings auch ein Abflauen der staatlichen Repression gegenüber fundamentalistischen Gruppen und eine Fragmentierung der

islamischen Bewegung ein. Heute reicht das Spektrum innerhalb des islamisch geprägten Segments der Gesellschaft von militanten Organisationen wie der *Jemaah Islamiya* (JI), die für die Anschläge in Bali mit mehreren hundert Toten im Jahr 2002 und 2005 verantwortlich ist, bis zum »Netzwerk Liberaler Islam«, dessen Vertreter\_innen selbst von moderaten Muslim\_innen als Apostat\_innen und von westlichen Ideen beeinflusst angesehen werden.

Im Verhältnis des politischen Islam zum Demokratisierungsprozess, dem *Pancasila*-Staat und religiöser Toleranz ist also eine erhebliche Ambivalenz auszumachen. Der Politologe Robert J. Hefner unterscheidet in seinem analytischen Ansatz zwischen einer *civil society* (Zivilgesellschaft) und einer *un-civil society* (Un-Zivilgesellschaft), die eine sinnvolle Unterscheidung der islamischen und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen erlaubt. *Civil society* beschreibt jenen Teil der gesellschaftlichen Kräfte, die als demokratisches Korrektiv fungieren und für eine offene und tolerante Gesellschaft eintreten, während *un-civil society* Institutionen zusammenfasst, die das Gegenteil wollen (Heiduk 2010).

Die Ereignisse in Jakarta offenbaren einen erheblichen Zuwachs des Einflusses auf gesellschaftliche Diskurse jener islamischen Kräfte, die zu einem großen Teil der *un-civil society* zuzurechnen sind. Dieser Zuwachs ist nicht zuletzt das Ergebnis systematischer islamistischer Agitation.

#### 3.1 Zuwachs extremer islamistischer Gruppen

Während der chaotischen Umbruchphase von Suhartos »Neuer Ordnung« hin zur *Reformasi*-Ära gründete sich die Front zur Verteidigung des Islam (Front Pembela Islam, FPI) unter Führung von Habib Rizieq Shihab. Diese Gründung wurde von bestimmten Armee- und Polizeigenerälen, etwa dem derzeitigen Sicherheitsminister Wiranto, aktiv unterstützt. Als verlängerter Arm der Suharto-treuen Sicherheitskräfte wurde die FPI gegen Demokratieaktivist\_innen gehetzt, die zuvor als Kommunist\_innen gebrandmarkt worden waren. In einem längeren Prozess hat sich die FPI langsam vom Einfluss der alten Eliten gelöst.

Mit der Asienkrise 1998/99 sind ganze Nachbarschaftsviertel in Armut und Perspektivlosigkeit versunken. Die

2. *Pancasila* bedeutet sinngemäß übersetzt »Fünf Prinzipien« und wurde von Staatsgründer Sukarno als Staatsphilosophie formuliert. Die fünf Prinzipien umfassen grob: (1) Prinzip der Herrschaft der All-Einen Gottheit; (2) Humanismus; (3) Nationalismus; (4) Demokratie; (5) Soziale Gerechtigkeit (Heiduk 2010).

FPI nutzte diese Perspektivlosigkeit und rekrutierte aktiv in diesem Milieu. Als FPI-Mitglieder gingen arme junge Männer aus der Nachbarschaft schließlich als »Verteidiger« islamischer Moral gegen Drogen, Alkoholhändler\_innen und Prostitution vor und konnten so Respekt und Anerkennung gewinnen (Wilson 2015). Während der Amtszeit Ahoks konnte die FPI seine teils kompromisslose urbane Modernisierungspolitik für ihre Zwecke nutzen. Tausende *urban poor* wurden im Rahmen der infrastrukturellen Sanierungsmaßnahmen aus informellen Siedlungen, die teilweise seit Jahrzehnten bestanden, vertrieben und bestenfalls in teure Hochhäuser am Stadtrand umgesiedelt. Viele erhielten gar keine Kompensation. Manche klagten ihre Rechte ein und in einigen Fällen urteilten die Gerichte auch zu Gunsten der Kläger\_innen. Für die mächtige Stadtregierung hatte dies jedoch keine Konsequenzen. So nahm sich die FPI der *urban poor* an und kanalisierte deren Protest gegen den »ungläubigen« Gouverneur in der Symbolik des radikalen politischen Islam auf die Straße und in die sozialen Medien.

Öffentlich tritt die FPI zudem als gewalttätiger Mob in Erscheinung, der gegen alles vorgeht, was nach ihrer Auffassung nicht islamisch ist. Die FPI soll auch hinter den gewalttätigen Attacken gegen Ahmadis und schiitische Gotteshäuser stehen, die in den letzten Jahren für Schlagzeilen in der internationalen Presse sorgten. Hin und wieder fungiert sie obendrein als Kettenhund und »rent-a-mob«-Service für die alte Elite.

Die FPI legitimiert ihre Agitation unter dem Narrativ der »Verteidigung des Islam« und positioniert sich in diesem Zusammenhang unter anderem gegen den Aufbau einer freiheitlichen Demokratie in Indonesien, die nach ihrer Auffassung nicht mit islamischen Prinzipien vereinbar ist. Nichtsdestotrotz werden die Verteidigung und die Bedeutung des Islam explizit als patriotische Pflicht kommuniziert und somit in ein indonesisch-nationalistisches Narrativ eingebettet. Bei FPI-Veranstaltungen bekommen rot-weiße indonesische Fahnen stets einen prominenten Platz (Duile 2016).

Neben der FPI geriet auch die sogenannte *Hizbut Tahrir Indonesia* (HTI) ins öffentliche Bewusstsein. Bei der HTI handelt es sich um eine Organisation, die ein internationales Kalifat errichten möchte und seit ihrer Niederlassung in Indonesien zehntausende Mitglieder rekrutieren konnte. Die HTI tritt im Vergleich zur FPI allerdings weniger militant und gewalttätig auf. Anders als die FPI stellt

diese Gruppe jedoch offen den indonesischen *Pancasila*-Staat und die Demokratie infrage und möchte an ihrer Stelle eine islamische Theokratie errichten.

### 3.2 Unterwanderung sozio-religiöser und politischer Institutionen durch islamisch-konservative Gruppen

Verschiedene Studien der letzten Jahre haben gezeigt, dass religiöse Intoleranz besonders an säkularen Universitäten zugenommen hat. Indonesische Expert\_innen sehen in diesem Trend das Wirken extremistischer und erzkonservativer islamischer Gruppen sowie von Jugendorganisationen bestimmter Parteien, die systematisch fundamentalistische Ideologien unter der Studentenschaft verbreiten. Ihr Einfluss ist auch in einigen religiösen Schulen auszumachen. Manche dieser Gruppen werden von Individuen oder Stiftungen aus dem Nahen Osten finanziell unterstützt. Da viele Absolvent\_innen dieser Bildungseinrichtungen im öffentlichen Dienst arbeiten, geraten auch öffentliche Behörden unter diesen Einfluss. Darüber hinaus werden zunehmend Gemeinden auf Dorf- und Nachbarschaftsebene von Fundamentalist\_innen geleitet.

Neben den Graswurzelbewegungen nehmen konservative Islamgelehrte zunehmend wichtige hohe gesellschaftliche Positionen ein. So soll beispielsweise der MUI eigentlich von Personen besetzt sein, die das gesamte Spektrum der islamischen Strömungen vertreten. In der Realität ist jedoch eine stark fundamentalistisch-konservative Ausrichtung auszumachen. Dies wird vor allem durch ihre *fatwas* widergespiegelt, die liberale Islamauslegungen, die LGBT-Community, Ahmadis und Schiiten oder auch profanere Dinge wie den Valentinstag oder die Teilnahme an nicht-muslimischen Festen (etwa Weihnachtsfeiern) als unislamisch und blasphemisch brandmarken. Diese *fatwas* wurden von der FPI oder auch der sogenannten »Gruppierung zur Verteidigung der Fatwas der MUI« häufiger zum Anlass genommen, gewaltsam gegen solcherlei »Umtriebe« vorzugehen. Obwohl *fatwas* keine gesetzliche Bindung und besagte Organisationen kein Mandat besitzen, das Gewaltmonopol des Staates auszuüben, werden solche Aktionen von der Polizei, den Behörden und der Justiz weitgehend toleriert.

Auch innerhalb der NU und insbesondere in der *Muhammadiyah* wird ein islamischer Konservatismus stär-

ker. Obwohl sich deren Führer öffentlich gegen die Teilnahme ihrer Mitglieder an den Anti-Ahok-Demonstrationen aussprachen, beteiligten sich dennoch reihenweise NU- und *Muhammadiyah*-Gruppen an den Massendemonstrationen und folgten somit dem Aufruf von FPI und anderen radikalen Gruppen. Auch die Unterstützung bestimmter anti-liberaler *fatwas* durch Vertreter\_innen der NU und Muhammadiyah in der MUI spiegelt diesen Trend wider.

### 3.3 Kooptation sozialer Bewegungen

In Indonesien existiert seit Mitte der 1960er-Jahre und den anschließenden jahrzehntelangen Kampagnen gegen alles, was vermeintlich kommunistisch und sozialistisch ist, keine politische Linke mehr, die sich offen dazu bekennt. Die Regierungspartei PDI-P, die sich weiterhin auf das Erbe des »sozialen Demokraten«<sup>3</sup> Sukarno beruft, verteidigt sich derzeit erneut öffentlich gegen Vorwürfe politischer Gegner\_innen aus der *Partai Demokrat* und konservativ religiöser Gruppen, eine kommunistische Partei zu sein.<sup>4</sup> Dafür hat sich spätestens 2004 die PKS-Partei als Sprachrohr sozialer Bewegungen etabliert, die gegen den Vorwurf, kommunistisch und somit atheistisch zu sein, erhaben ist. Die PKS ist eine islamistische Partei, die sich ideologisch an der Muslimbruderschaft orientiert und aus der studentischen *Dakh'wa*-Bewegung<sup>5</sup> hervorging. In der Gegenüberstellung der *civil society* und *un-civil society* nimmt die PKS eine ambivalente Position ein. Auf der einen Seite kooptierte sie Teile der Gewerkschaftsbewegung, Teile der eigentlich weit links stehenden globalisierungskritischen Organisationen sowie die Bewegung der *urban poor* in Jakarta und vertritt diese im Parlament; auf der anderen Seite teilt sie Elemente der *un-civil society*, z. B. wenn es um Rechte der LGBT-Community oder der religiösen Minderheiten geht. Manche ihrer Kader befürworteten gar die flächendeckende Einführung der Scharia.

3. Eigenbezeichnung Sukarnos in manchen Schriften.

4. Vgl. Interview mit dem Generalsekretär der PDI-P Hasto Kristiyanto. »We are not a communist party«, in: *Tempo Magazine*, 22.–28.5.2017.

5. *Dakh'wa* beschreibt Anstrengungen gläubiger Muslim\_innen, religiöse Tugenden in der Gesellschaft zu verbreiten. Seit den 1970er-Jahren hat sich in Indonesien eine große *Dakh'wa*-Bewegung gebildet, die neben allgemeiner Frömmigkeit auch zur Gründung von Wohlfahrtsorganisationen aller Art, Unternehmer\_innen-Vereinigungen, die sich islamischer Wirtschaftsethik verschreiben, und international operierender Hilfsorganisationen etc. geführt hat.

### 3.4 Instrumentalisierung sozialer Ungleichheit

Diese drei Entwicklungen bedingen die zunehmende Eroberung der politischen und gesellschaftlichen Hegemonie durch den konservativen Islam. Die Lockerung der staatlichen Repression und die geschickte Instrumentalisierung der sozialen Konflikte als Folge der globalen Dominanz neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik haben diese Entwicklungen entscheidend begünstigt.

Ähnlich wie rechtspopulistische Gruppen in Europa deuten islamisch-konservative Agitator\_innen vertikale Konflikte (arm gegen reich) in horizontale Konflikte (der wahre Islam gegen den Rest) um und präsentieren sich als Verteidiger\_innen der *Ummah* (die Gemeinschaft der Muslime). Die sozial Marginalisierten geraten damit in den Sog islamistischer Ideolog\_innen, welche die muslimische Gemeinschaft als Opfer in der »New World Order« des neoliberalen globalisierten Kapitalismus darstellt. Oftmals werden in der Gestaltung dieser Narrative sozialer Ungleichheit anti-semitische, anti-amerikanische und vor allem anti-chinesische Ressentiments bedient. Die sozioökonomische Ungleichheit, die mit der ungleichen Verteilung von Chancen und Erfolgen einhergeht, spiegelt sich somit in der zu beobachtenden Polarisierung der Gesellschaft sowie zunehmender gesellschaftlicher Konflikte wider.

## 4. Religion und politische Allianzen im Machtkampf der Eliten

Während der Herrschaft des Suharto-Regimes wurden Suharto nahestehende Personen in strategisch wichtigen Positionen installiert, die wiederum eigene Klienten in ihr Umfeld und ihren Einflussbereich beförderten, um so die Allokation staatlicher Ressourcen zu kontrollieren. Daraus entwickelte sich eine ökonomisch-politische Elite, die in Patron-Klient-Netzwerken organisiert ist. Die Demokratisierung der indonesischen Staatsstrukturen hat zu einer Transformation dieser vormaligen Patronage-Netzwerke in politische Parteien geführt. Dementsprechend repräsentieren Parteien in Indonesien nur bedingt politische Strömungen und Parteiprogrammatiken, sondern vielmehr die Interessen bestimmter Eliten-Netzwerke, die immer weiter fragmentieren und um die Macht im Staat konkurrieren (Grassi und Nowak 2016). Im Machtkampf der Eliten gehen diese wiederum Alli-

anzen mit verschiedenen Akteuren bzw. Organisationen ein. Dazu gehören auch harte Machtfaktoren, wie Einfluss und Kontrolle in Militär oder Polizei.

Neben den etablierten Eliten existiert eine Gruppe neuer politischer Akteure, die durch die veränderten dezentralisierten und demokratischen Strukturen aufsteigen konnten. Dazu zählen der derzeitige Präsident Joko Widodo und der nun abgewählte Gouverneur von Jakarta Ahok. Beide waren populäre, erfolgreiche und effiziente Bürgermeister zunächst mittelgroßer Städte, die ihr Amt im demokratischen Wettbewerb und kommunalen Wahlen erkämpfen konnten. Beide sind in ihrem politischen Werdegang als parteilose Kandidaten gestartet und wurden später von politischen Parteien bzw. Eliten-Netzwerken kooptiert.

Seit dem Wahlkampf zu den Präsidentschaftswahlen 2014 stehen sich zwei Machtblöcke gegenüber, die unterschiedliche Parteien- und Elitenbündnisse repräsentieren. Jokowi wurde 2014 als Präsident der Massen und der *civil society* nominiert. Um seine Macht qua Amt jedoch überhaupt ausüben zu können, musste er Verbündete im alten Establishment suchen, da er seinen Weg nach oben – im Gegensatz zu seinen Vorgänger\_innen – weder durch den Militär- und Sicherheitsapparat noch durch religiöse Organisationen beschränkt hatte. Ebenso wenig ist er in einer der Parteien sozialisiert. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2014 wurde Jokowi schließlich von der derzeitigen Regierungspartei PDI-P nominiert. Die PDI-P wird von Megawati Sukarnoputri, der ehemaligen Staatspräsidentin und Tochter des Staatsgründers Sukarno, kontrolliert. Megawati stellt einen der wichtigen Machtpole innerhalb des alten Establishments dar. Ihr Einfluss schwand während der Präsidentschaft des Jokowi-Vorgängers Susilo Bambang Yudhoyono erheblich. Mit der Nominierung Jokowi gewann die PDI-P aufgrund seiner Popularität an Wählbarkeit (*Electability*), während Jokowi selbst sowohl Akzeptanz als auch eine Machtbasis innerhalb der Polit-Eliten in Jakarta gewinnen konnte.

Der andere Machtblock wird von Prabowo Subianto repräsentiert. Er ging 2014 mit dem Versprechen in den Wahlkampf, die demokratischen Errungenschaften zurückzunehmen, denen nicht nur viele konservative Indonesier\_innen aufgrund der systemischen Dysfunktionalitäten, der sozialen Ungleichheit sowie der massiven Ausweitung der Korruption skeptisch gegenüberstehen.

Die Ablehnung der freiheitlichen Demokratie macht das Prabowo-Lager zu natürlichen (Zweck-)Verbündeten der Islamist\_innen. Deshalb haben bereits 2014 reaktionäre Eliten unter Führung Prabowos Allianzen mit konservativen Muslim\_innen der *un-civil society* geschmiedet.

Diese politischen Machtblöcke, die sich spätestens seit 2014 gegenüberstehen, spiegeln somit auch die gesellschaftliche Polarisierung in demokratiefreundliche, der *civil society* nahestehende Kräfte auf der einen Seite (Joko Widodo) sowie demokratieskeptische, der *un-civil society* nahestehende Kräfte auf der anderen Seite (Prabowo Subianto) wider. Die Gouverneurswahlen in Jakarta haben diese Polarisierung nicht nur wiederbelebt, sondern weiter verschärft und das demokratieskeptische Lager gestärkt.

Der Machtkampf bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen spitzt sich somit auf ein Kräftemessen zwischen autoritären und nicht-autoritären Allianzen und deren jeweiligen (Zweck-)Bündnispartnern zu. Entscheidend wird neben der Erfolgsbilanz des Präsidenten folglich sein, welches der Lager die macht- und gesellschaftspolitisch stärkere Allianz schmieden kann. Die Demontage seines Schützlings und Flügelmanns Ahok musste Jokowi zuletzt jedoch hilflos mitverfolgen. Dadurch wurde der ganzen Nation in den vergangenen Monaten vorgeführt, dass seine Machtbasis und seine harten Machtressourcen begrenzt sind. Lediglich auf die Polizei scheint er sich als harten Machtfaktor stützen zu können.

2014 wurde Jokowi mehrheitlich von der Landbevölkerung und der Unterschicht gewählt sowie von der Zivilgesellschaft unterstützt. Teile dieser Unterstützerbasis könnten sich jedoch aus Enttäuschung und aufgrund der entstandenen Identitätsbewegung bei den nächsten Präsidentschaftswahlen 2019 von Jokowi abwenden. Die Mehrheit der Mittelschicht hatte bereits 2014 für Prabowo und damit für die Wahrung des Status quo gestimmt. Ebenso hatten sich zumindest Teile der Gewerkschaften 2014 auf Prabowos Seite gestellt, da er den ihm vorgelegten »politischen Vertrag« der Gewerkschaften unterschrieben hatte.

Jokowis Bemühungen, die soziale Ungleichheit zu bekämpfen, und Ahoks Kampf gegen die Korruption haben gleichwohl dazu beigetragen, dass sich zu den reaktionären Allianzen im politischen Establishment nun auch *rent-seekers* gegen ihn formieren, die im Zuge der

Wirtschaftsreformen ihre Interessen gefährdet sehen und ihre Privilegien schützen wollen. Der Chef des Präsidialamts, Teten Masduki, sieht in diesen *rent-seekers* auch die Hintermänner von *fake news*, die von einem Bruch innerhalb der Regierung berichteten. Die oppositionellen Kräfte versuchen demnach, die Einigkeit der Regierung zu spalten.<sup>6</sup>

Ähnlich wie die politischen Eliten wurde auch die Judikative an die neuen Strukturen im Zuge des Demokratisierungsprozesses angepasst. So untersteht sie seit Beginn der *reformasi* nicht mehr dem Justizministerium, sondern dem Obersten Gerichtshof. Die Entscheidung im Ahok-Fall zeigt jedoch, dass die vermeintlich größere Unabhängigkeit der Justiz gleichzeitig zu einer erhöhten Anfälligkeit gegenüber populistischen Stimmungen durch den Druck der Straße geführt hat.

## 5. Konsequenzen

Der erfolgreiche Aufstieg des konservativen Islam zum normativen Leitbild der indonesischen Gesellschaftspolitik und des *nation building* wird letztendlich über dessen Einfluss auf die staatlichen Machtstrukturen bedingt. Sollte die oben beschriebene unheilvolle und (un-)heilige Allianz die politische Macht erobern, droht nicht nur ein anti-demokratischer *rollback*, sondern auch das Aufweichen des nationalen Konsens einer pluralistischen Gesellschaft, wie sie in der Staatsideologie *Pancasila* festgeschrieben ist. Damit würden fundamentale Grundsätze der indonesischen nationalen Einigung infrage gestellt, was die politische Stabilität bedrohen und die ethnisch und religiös diverse Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttern würde. Viele politische Beobachter\_innen in Indonesien sind ernsthaft beunruhigt. Selbst wenn nicht das Worst-Case-Szenario eintritt, stellt die – zuletzt sehr erfolgreich angewandte – Politisierung der Religion in jedem Fall die freiheitlichen Elemente der pluralistischen Demokratie Indonesiens infrage.

Auch regional und international drohen weitreichende Konsequenzen. Bisher galt Indonesien als Land mit der weltweit größten muslimischen Bevölkerung als Beispiel für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie und hatte aus westlicher Sicht Modelcharakter für andere islami-

sche Länder. Ein *rollback* mit radikal-islamischen Vorzeichen würde diesen Mythos zerstören. Regional könnte ein Spillover-Effekt, z. B. in Malaysia, fundamentalistischen Kräften Auftrieb verleihen oder gar den Friedensprozess in *Bangsa Moro* (Südphilippinen) infrage stellen. Nicht zuletzt könnten sich extremistische Kräfte verstärkt für Indonesien und Südostasien als Rückzugsbasis entscheiden. Während offiziell 500 Indonesier\_innen in Syrien und Irak kämpfen, sprechen gut informierte Kreise von bis zu 5.000 indonesischen Dschihadist\_innen.

## 6. Resümee und Politikempfehlungen

Schärfung des sozialen Profils der Regierung mit strategischen Allianzen

Wie beschrieben, begünstigen soziale Konflikte als Konsequenz einer extremen sozialen Ungleichheit den Aufstieg islamisch-konservativer Kräfte, vor allem im urbanen Raum. Der *watchdog* für Religionsfreiheit in Indonesien, das *Wahid Institut*, bezeichnet soziale und ökonomische Ungleichheit als Schlüsselfaktor bei der zunehmenden Verbreitung radikaler Lehren in Indonesien. Solange es arme Menschen gibt, bleibe es ein leicht entzündlicher Ort, an dem es nicht viel braucht, um eine Explosion an Gefühlen zu erzeugen, so der *Muhammadiyah*-Vorsitzende Haedar Nashir in einem Interview Ende November 2016.<sup>7</sup> Bereits unmittelbar nach seinem Amtsantritt im Oktober 2014 sagte Jokowi in einem Interview mit dem Polit-Magazin *Foreign Affairs*, »[...] um mit dem Radikalismus und Extremismus fertig zu werden, muss die ökonomische Ungleichheit im Land verringert werden«<sup>8</sup>. Auch deshalb hat der Präsident auf der ersten Kabinettsitzung 2017 das Thema Gerechtigkeit und die Verringerung der Ungleichheit erneut zur Priorität der Regierungsagenda erklärt.

Nicht wenige Expert\_innen, Aktivist\_innen, Gewerkschafter\_innen und Arbeiter\_innen, deren Hoffnungen auf dem progressiven Präsidenten ruhten, zeigen sich von seiner Bilanz jedoch bislang enttäuscht und bezeichnen seine Politik als primär wirtschafts- und investorenfreundlich. Tatsächlich sind seit Jokowi's Amtsantritt weder Armutsanteil, Gini-Koeffizient, Arbeitslosigkeit

6. Vgl. Masduki, Teten (2017): »There are attempts to split up the government«, in: *Tempo Magazine*, 29.5.–4.6.2017.

7. Vgl. Nashir, Haedar (2017): »If Pluralism is damaged, it's because of irresponsible acts«, in: *Tempo Magazine*, 21.–27.11.17.

8. Opening Indonesia. A Conversation With Joko Widodo, in: *Foreign Affairs*, November/Dezember 2014.

noch Lebenshaltungskosten signifikant gesunken. Insbesondere die unteren 40 Prozent der Einkommenschichten haben laut renommierten Ökonom\_innen wie Faisal Basri von Jokowi's Wirtschaftspolitik bisher nicht profitiert.

Für seine zweite Amtshälfte hat das koordinierende Wirtschaftsministerium (*Kemenko Ekuin*) Ende Januar 2017 ein neues umfassendes Strategiepapier veröffentlicht, das den öffentlichen Diskurs wie auch staatliche Bemühungen hin zu einer sogenannten »Gerechtigkeitswirtschaft« (*Ekonomi Berkeadilan*) bewegen soll. Die neue Strategie stützt sich dabei auf zehn Sektoren, in denen Ungleichheit dominiert und die durch strukturelle wirtschaftliche Reformen reduziert werden soll. Das Paket beinhaltet unter anderem eine Agrarreform, die darauf abzielt, Landbesitz von Kleinbäuerinnen und -bauern zu erhöhen. Dafür plant die Regierung 12,7 Millionen Hektar Land zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren soll ein gerechter Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden, in Verbindung mit verbesserter Berufsausbildung und gesteigerten unternehmerischen Chancen. Das Angebot an Krediten für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen soll weiter verbessert werden. Zudem enthält das Konzept Pläne zur Implementierung einer progressiven Kapitalertragssteuer auf ungenutztes Land, um Vermögensumverteilung zu forcieren. *Capacity building* und die Aufwertung innerhalb von Wertschöpfungsketten ziehen sich durch die gesamte Agenda. Als die vier Schlüssel-Industrien für wirtschaftliche Entwicklung hat das koordinierende Wirtschaftsministerium Landwirtschaft, Tourismus, maritime Wirtschaft und kreative Wirtschaft definiert. Der bisher starke Fokus der Jokowi-Regierung auf Infrastrukturentwicklung müsste daher tatsächlich dringend durch eine prominent vorangetriebene Industrie- und Arbeitsmarktpolitik ausbalanciert werden.

Gleichzeitig bleibt die Ausgestaltung eines effizienten Steuersystems die strategisch wichtigste Aufgabe für die Jokowi-Administration, um mehr Geld in der Staatskasse zu haben und die angestrebten Projekte auch finanzieren und realisieren zu können.

Um tatsächlich eine effiziente, sozial ausgeglichene Politik zu gestalten, müsste die Jokowi-Administration gleichzeitig macht- und gesellschaftspolitische Allianzen ausbauen und auf dieser Grundlage Verbesserungen im Entwurf der *Ekonomi Berkeadilan* gemeinsam und konsensuell erarbeiten. Das Arbeitsministerium hat bislang

nicht den politischen Stellenwert, den es verdienen würde. Gewerkschaften werden bislang von Jokowi nicht als Verbündete für die Realisierung einer Gerechtigkeitswirtschaft genannt. Progressive Ökonom\_innen beklagen sich, dass der Präsident ihnen kein Gehör schenkt. Die Themen »gerechte Arbeit« und »gerechte Löhne« finden beim vermeintlich progressiven Präsidenten, der sich in seiner Wirtschaftspolitik stark an Empfehlungen der Bretton-Woods-Institutionen zu orientieren scheint, bislang keine zentrale Bedeutung. In den ländlichen Regionen fehlen bislang Organisationen, die verlässliche Bündnispartner sein könnten. Ebenso hat der Präsident sozialen Bewegungen sowie Kämpfen der globalisierungskritischen Bewegungen und *urban poor*, die mittlerweile zum Teil von Islamist\_innen kooptiert wurden, zu wenig Beachtung geschenkt. Nicht zuletzt findet sich in der bisherigen Strategie der Gerechtigkeitswirtschaft noch nichts zum Thema Geschlechtergerechtigkeit, relevanten Organisationen und deren Beitrag zur Reduzierung der sozioökonomischen Ungleichheit in Indonesien.

#### Stärkung der islamisch-progressiven Elemente

In Joko Widodos Regierungskoalition sind politische Ableger der NU und der *Muhammadiyah* vertreten. Beide haben stets öffentlich ihr Bekenntnis zur *Pancasila* ausgedrückt. Doch Antworten auf die soziale Frage haben sie bisher nur bedingt geliefert, während eine Entfremdung von Teilen ihrer Mitglieder an der Basis deutlich geworden ist. Es müsste daher verstärkt Anstrengungen geben, die soziale Frage nicht primär der PKS zu überlassen und der eigenen Mitgliederbasis mehr Kommunikationskanäle anzubieten. Hier liegt einer der Schlüssel für Veränderung. Idealerweise sollte eine verbesserte und partizipative Sozialpolitik mit den progressiv-islamischen Kräften in Verbindung gebracht werden, um der Jokowi-Regierung damit gleichzeitig islamische Legitimität zu verleihen.

#### Zusammenarbeit mit der *Civil Society* zur Förderung von Toleranz an Schulen und Universitäten

Die Regierung sollte ihre Zusammenarbeit mit den progressiven und demokratischen Kräften der *civil society* ausbauen. Zudem sollten studentische Initiativen auf dem Campus zu mehr Toleranz gezielt gefördert wer-

den; Anti-Radikalisierungsprogramme und interreligiöse Initiativen sollten intensiviert werden. In Schulen sollte die Lehrerschaft zum Besuch von Seminaren zu religiöser Toleranz und demokratischer Bildung verpflichtet werden.

#### Stärkung der Wehrhaftigkeit des Rechtsstaates und Durchsetzung des Gewaltmonopols des Staates

Indonesien sollte rechtsstaatliche Standards und die Unabhängigkeit der Justiz schützen und fördern, um in der fragilen Demokratie Elemente der Wehrhaftigkeit zu stärken. Konkret sollten in Bezug auf islamistische Agitatoren, z. B. von Gruppen wie der FPI, Straftaten konsequent geahndet und das Gewaltmonopol des Staates durchgesetzt werden. Bisher verhielt sich die Polizei in Bezug auf die FPI äußerst passiv; auffällig passiv verhält sich auch das Militär in Bezug auf die HTI.

Das jüngst angekündigte Verbot gegen die HTI zielt in die richtige Richtung. Die Geheimdienste und die Polizei sollten im Fall eines Verbots die informell bestehenden Strukturen jedoch genau beobachten. Sicherheitskreise befürchten eine Flucht in den Untergrund und eine Annäherung an den IS, der bereits versucht, in den Südpaluppen (Mindanao), unweit der indonesischen Grenze, ein neues Rückzugsgebiet zu etablieren.

#### Vermeidung der Framing-Fälle in der politischen Kommunikation

In der politischen Kommunikation sollten Präsident Jokowi, seine engsten Berater, wie Teten Masduki und die ihn unterstützenden Parteien, nicht in die Framing-Fälle tappen. So ist es äußerst unvorteilhaft, wenn sie sich öffentlich rechtfertigen, keine Kommunist\_innen zu sein, da dies vermutlich Teil der Schmierer-Kampagne gegen Jokowi, seine außenwirtschaftspolitische Annäherung an die kommunistische VR China sowie seine nationale Umverteilungspolitik innerhalb der nächsten zwei Jahre sein wird, zumal seine politischen Gegner\_innen nicht die ethnische Karte und nur bedingt die religiöse Karte gegen ihn spielen können. So wurde neben der PDI-P auch Präsident Jokowi persönlich bereits als Teil einer kommunistischen Familie diffamiert. Indem dieser Vorwurf öffentlich zurückgewiesen wird, hält er sich jedoch im Bewusstsein der Öffentlichkeit.

#### Implikationen und Empfehlungen für die deutsche Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit in Indonesien

Die deutsche Außenpolitik sollte sich unterdessen ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen, was es global- und regionalpolitisch sowie im nationalen Kontext bedeutet, wenn im bevölkerungsreichsten muslimischen Land der Erde sowie einer der wenigen verbliebenen Demokratien in Asien bzw. Südostasien innerhalb der nächsten zwei Jahre eine unheilvolle Allianz aus Islamist\_innen, Militärs und autoritären Eliten mit Ex-General Prabowo an der Spitze das Präsidentenamt und damit die politische Macht erobert.

Es ist weiterhin ein Dilemma, dass es in Indonesien bislang kaum staatliche Förderung für politische Parteien gibt. Parteien sind somit von externen Geldgeber\_innen abhängig, sodass deren programmatische Profilierung gegenüber Finanzierungsbedürfnissen in den Hintergrund tritt. Die Bestrebungen einiger Parteien, die Parteienfinanzierung zu reformieren, sollten von der deutschen Politik daher weiterhin aktiv unterstützt werden.

Die Bemühungen Jokowi, mit der Gerechtigkeitswirtschaft ein neues auf sozialen Ausgleich beruhendes Wirtschaftsmodell zu etablieren, sollten seitens der deutschen Politik aktiv begleitet werden. Die Verringerung der sozialen Ungleichheit in Indonesien sollte in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit verstärkt thematisiert und unterstützt werden.

Die Jokowi-Administration hat als die vier Schlüssel-Industrien Landwirtschaft, Tourismus, maritime Wirtschaft und kreative Wirtschaft definiert. Unter Letztere fällt auch die Digital-Wirtschaft bzw. E-Commerce. Ein Austausch und eine Kooperation mit der deutschen Industrie in den Sektoren maritime Wirtschaft und kreative Wirtschaft sollte weiter aktiv befördert werden. Da sich Indonesien unter Präsident Jokowi erhofft, zum regionalen Drehkreuz für Digital-Wirtschaft aufzusteigen, sollte der Austausch zwischen Deutschland und Indonesien zum Thema Industrie 4.0 und E-Commerce verstärkt werden.

Neben einem Trend zur De-Industrialisierung leidet Indonesien auch unter einer größtenteils schlecht ausgebildeten Arbeitsbevölkerung sowie schwach ausgebildeten industriellen Beziehungen. Nicht zuletzt für das



derzeit zentrale Thema in den deutsch-indonesischen Beziehungen – berufliche Bildung – ist eine funktionierende Sozialpartnerschaft jedoch elementar. Dabei müssen sich die Sozialpartner mit der Regierung auch tripartit darüber auseinandersetzen, wie mit den Umbrüchen in der Arbeitswelt umzugehen sei. So geht eine digitalisierte und automatisierte Wirtschaft auch mit Arbeit 4.0 – inklusive der GiG-Economy – einher. Ein intensivierter Dialog mit indonesischen Partnern zu den Chancen und Herausforderungen der Industrie 4.0 und Arbeit 4.0 ermöglicht eine Erweiterung des derzeit stattfindenden Dialogs über berufliche Bildung auf die Ausgestaltung von Industriepolitik und Arbeitsbeziehungen. Gleichzeitig eröffnet es der indonesischen Regierung die Möglichkeit, ihrerseits Allianzen mit Wirtschaft, Gewerkschaften, Arbeitsbevölkerung, informellem Sektor und Zivilgesellschaft entlang einer gemeinsamen Vision zu intensivieren.

Bislang ist Indonesien der beste Beweis dafür gewesen, dass Islam und Demokratie miteinander vereinbar sind.

Die in Präsident Jokowi gesetzten Hoffnungen waren nach seiner Wahl Ende 2014 gewaltig. Der in einem Slum geborene ehemalige Möbelverkäufer und Bürgermeister der Stadt Solo sowie Gouverneur von Jakarta gilt als der erste Präsident, der nicht aus dem etablierten politischen Machtzirkel des Landes entstammt und tatsächlich gesellschaftlich etwas verändern könnte. Während seine Unterstützer\_innen jedoch teilweise eine kritische Bilanz der ersten Hälfte seiner Amtszeit ziehen, formiert sich eine neue unheilvolle Allianz aus alten reaktionären Eliten, islamistischen Parteien, *rent-seekern*, islamischen Hardliner\_innen und islamisierten sozialen Bewegungen sowie sozial Abgehängten. Der Präsident ist seit dem Sturz seines wichtigen Verbündeten Ahok hingegen geschwächt. Im größten islamischen Land der Welt droht damit ein anti-demokratischer *rollback* mit islamischen Vorzeichen, der eine Ära autoritärer Politik unter der Hegemonie des radikal-konservativen politischen Islam einleiten könnte. Dies würde das Ende des indonesischen Gesellschaftsprinzips »Einheit in Vielfalt« (*bhinneka tunggal ika*) bedeuten.



## Literatur

**Duile, Timo** (2016): *Blickwechsel: Aufmarsch der Islamist\*innen in Indonesien: Religion als politisches Kapital im Wahlkampf*. Köln: Stiftung Asienhaus; <https://www.asienhaus.de/publikationen/detail/blickwechsel-aufmarsch-der-islamistinnen-in-indonesien-religion-als-politisches-kapital-im-wahlkampf-1/> (29. Mai 2017).

**Grassi, Sergio / Nowak, Nurman** (2016): *Indonesien: Wächter der Demokratie oder Spielball der Eliten? – Die Rolle der Zivilgesellschaft in der gesellschaftspolitischen Transformation*. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE); <http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2016/02/enl-2-grassi-nowak-gastbeitrag.pdf> (29. Mai 2017).

**Heiduk, Felix** (2015): »Between A Rock and A Hard Place: Radical Islam in Post-Suharto Indonesia«. In: *International Journal of Conflict and Violence* 6.1, S. 27–40.

**Jones, Sidney** (2017): »Indonesia's Illiberal Turn«. In: *Foreign Affairs*; <https://www.foreignaffairs.com/articles/indonesia/2017-05-26/indonesias-illiberal-turn> (30. Mai 2017).

**Oxfam** (2017): »Towards a more equal Indonesia«, Briefing Paper, Februar 2017.

**Wilson, Ian** (2015): »Morality Racketeering: Vigilantism And Populist Islamic Militancy In Indonesia«. In: Boo Teik Khoo / Vedi Hadiz (eds): *Between Dissent And Power: The Transformations Of Islamic Politics In The Middle East And Asia*. PalgraveMacmillan, S. 248–274.



## Über die Autoren

**Sergio Grassi** leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Jakarta und ist ebenfalls zuständig für die Arbeit der FES in Malaysia. Er war mehrere Jahre für die FES in Peking tätig und arbeitete in den Referaten Internationale Politikanalyse und Subsahara-Afrika. Er hat Volkswirtschaft und Sinologie in Berlin und Peking studiert.

**Nurman Nowak** ist seit November 2016 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Jakarta. Er hat Asien- und Südostasienwissenschaften mit dem Fokus *nation building* und kollektive Identitäten in Malaysia und Indonesien in Bonn, Singapur und Passau studiert.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik  
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Knut Dethlefsen, Leiter, Referat Asien und Pazifik

Tel.: +49-30-26935-7450 | Fax: +49-30-26935-9250  
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt:  
[Paula.Buescher@fes.de](mailto:Paula.Buescher@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN  
978-3-95861-876-3